

## Auf Wiedersehen Frau von der Leyen, Willkommen Frau Kramp-Karrenbauer



**Dr. Hans Christoph Atzpodien, Hauptgeschäftsführer des BDSV, nimmt den Rücktritt von Bundesverteidigungsministerin Dr. Ursula von der Leyen zum Anlass für einen Rückblick und einen Ausblick:**

Als Bundesministerin der Verteidigung hat Ursula von der Leyen seit Dezember 2013 amtiert. Das Ministerium übernahm sie nach einer turbulenten politischen Debatte um die sog. Eurodrohne von Dr. Thomas de Maizière, einem in der Bundeswehr und bei den leitenden Mitarbeitern des Ministeriums durchaus hoch geachteten Minister. Von der Leyen machte bereits mit ihren ersten, sehr schnell nach Amtsantritt bekannt gegebenen Personalentscheidungen deutlich, dass sie sich nur recht bedingt in der Kontinuität ihres Vorgängers sehen wollte. Sie stellte ferner mit dem sog. KPMG-Gutachten alle Rüstungsprojekte auf den Prüfstand, führte zusammen mit ihrer von McKinsey geholten Rüstungsstaatssekretärin Dr. Katrin Suder neue Projektmanagement-Prozesse in der Beschaffung ein, trieb aber zugleich auch eine europäische Ausschreibung für das Großprojekt MKS 180 voran, die sich aus verschiedenen Gründen für das BMVg nicht erfolgreich entwickelte. Dies war sicherlich auch dem generell richtigen

Bestreben geschuldet, der europäischen militärischen Kooperation sowie der Rüstungszusammenarbeit (vorrangig im Verhältnis Deutschland-Frankreich und aus deutscher Sicht stets im Rahmen der NATO-Strukturen) stärkeren Schub zu verleihen und diese zu einem Kernanliegen der deutschen Sicherheitspolitik zu machen. Zugleich betrieb sie – vor allem nach dem mit der Krim-Annexion im Jahr 2014 einhergehenden Paradigmenwechsel – mit den Trendwenden Personal und Material ebenso wie mit den Agenden Rüstung und Nutzung notwendige Erneuerungsprozesse, um die Bundeswehr in die Lage zu versetzen, auch den Herausforderungen der Landes- und Bündnisverteidigung wieder gerecht werden zu können. Insofern ist auch der von ihr betriebene Haushaltsaufwuchs ein Verdienst, wenngleich – Koalitionsbedingt – innerhalb der Bundesregierung die Durchsetzungskraft zu einer stärkeren Annäherung an das NATO-Versprechen fehlte. Bedauerlich ist auch, dass Etliches von dem, was im ersten Reformeifer angestoßen wurde, nicht wirklich zum Erfolg geführt wurde, obwohl dies mit etwas mehr Konsistenz über die verschiedenen Ministerialebenen hinweg im Zweifel möglich gewesen wäre.

Bezogen auf die deutsche Sicherheits- und Verteidigungsindustrie hatte die Ministerin schon 2014 den Wunsch, alle im Verhältnis zur Industrie relevanten Fragen in einem strukturierten Industriedialog zu bündeln, der es ihr ansonsten ermöglichte, zur verteidigungsindustriellen Sphäre eine vergleichsweise große Distanz zu wahren. Im Vergleich zu anderen europäischen Verbündeten – wie insbesondere Großbritannien und Frankreich – fehlt es im BMVg nach wie vor an einem wirklich partnerschaftlichen Umgang mit der eigenen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie, nicht zuletzt auch mit einem Blick auf

das, was man aus deutschem Souveränitätsinteresse national machen und erhalten sollte; genauso aber fehlt auch eine mit den engsten europäischen Verbündeten harmonisierte Strategie, wie man die Instrumente von NATO, EDA und EU für europäische Rüstungskoperationen in Richtung einer wirklichen Effizienzsteigerung nutzen könnte. Hier braucht es Strategie und Führung, die wir von dem nächsten Minister/der Ministerin umso mehr erwarten.

Zur Wahrung deutscher Sicherheitsinteressen ist es notwendig die heimische Industrie als Teil der nationalen Sicherheitsarchitektur zu verstehen. Strategische Unterstützung und konsequenter Einsatz für nationale, industrielle Fähigkeiten und Interessen im globalen und auch europäischen Wettbewerb können keine Privilegien unserer Nachbarn und Partner bleiben.

Der **BDSV** formuliert daher die folgenden Wünsche und Erwartungen an die neue Bundesverteidigungsministerin Frau Annegret Kramp-Karrenbauer:

**Erstens:** Die Ausrüstungssituation der Bundeswehr in punkto Einsatzbereitschaft sowie Beschaffung ist nur auf Basis einer engen Partnerschaft mit der Ausrüstungsindustrie zu verbessern. Hierbei sind – stets in Anerkennung der beiderseitigen Marktinteressen funktional gestalteten Anfrage, Bündelung von Bedarfen im Zuge von Rahmenvereinbarungen, Verzicht auf europaweite Ausschreibung, wo Sicherheitsinteressen und/oder Serieneffekte dies zulassen.

Die Verbesserung der Beschaffungssituation bei steigenden Budget ist kein Hexenwerk; sie muss nur umgesetzt werden.

**Zweitens:** Europäische Rüstungskooperation darf nicht nur Thema in politischen Reden sein; bis heute fehlt es an einer konsistenten Europa-Strategie im BMVg. Dazu gehört das aktualisierte Bekenntnis zu nationalen Schlüsseltechnologien und eigenen wehrtechnischen Kompetenzen ebenso wie eine Öffnung von PESCO für Rüstungsvorhaben (anstatt PESCO im Bereich Rüstung im Wesentlichen anderen europäischen Ländern zu überlassen). Es braucht dringend einen Dialog mit der Industrie darüber, wo und wie sich BMVg und Industrie gemeinsam im Rahmen europäischer Kooperationen positionieren. Ferner bedarf es endlich auch eines klaren Bekenntnisses zu einer stärker europäisch harmonisierten Rüstungsexportkontrolle.

**Drittens:** Deutschland, Europa und die NATO unterliegen heute stärkerer externer Bedrohung als es in der deutschen Öffentlichkeit gemeinhin wahrgenommen wird. Es gilt den Blick der Bürgerinnen Bürger für diese Bedrohungen zu öffnen, um damit die allgemeine Akzeptanz für Verteidigung und Rüstung - sowie die damit verbundenen Kosten und finanziellen Lasten - zu erhöhen.